

Unser Land muß Spitze werden

JANUAR 1996

Regierungsprogramm

**der CDU Rheinland-Pfalz
für die Jahre**

1996 bis 2001



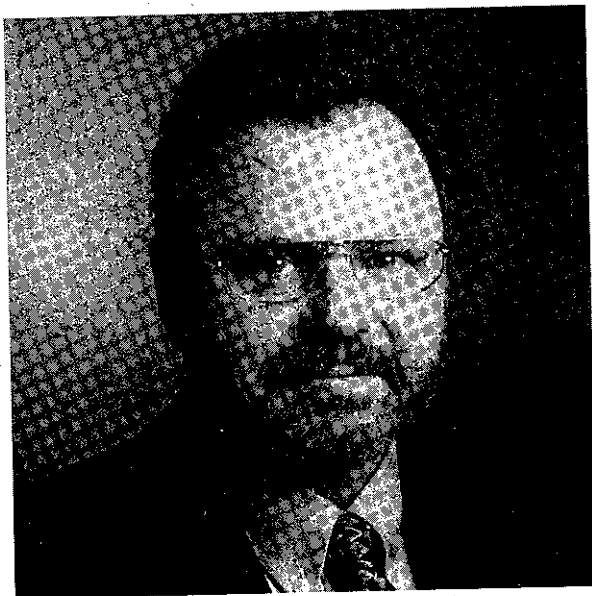
0025030477

CDU
Rheinland-Pfalz

**Programm
für
Rheinland-Pfalz**



**24. März 1996
Landtagswahl**



Am 24. März 1996 wählen wir in Rheinland-Pfalz einen neuen Landtag. Dieser wird die Geschicke des Landes bis in das Jahr 2001 bestimmen. Die Entscheidung der Bürger ist von großer Tragweite. Entweder wird es in Rheinland-Pfalz mit Rot-Grün Verhinderung des notwendigen Fortschritts und damit weiteren Arbeitsplatzabbau geben oder mit der **Christlich Demokratischen Union** Aufschwung in eine gute Zukunft. Wir wollen, daß Rheinland-Pfalz Spitze wird.

Monatelang ist in mehr als tausend Veranstaltungen und in unzähligen Einzelgesprächen in einem offenen **Bürgerdialog** der Entwurf des **CDU**-Regierungsprogramms diskutiert worden. Viele Verbände und Institutionen sowie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben uns geschrieben und Vorschläge gemacht.

Insgesamt sind aus der Partei und aus der Bevölkerung über 1000 Änderungsanträge eingegangen. Nach ausführlicher und kontroverser Diskussion hat der 46. **CDU**-Landesparteitag am 1./2. Dezember 1995 in Bad Dürkheim das Regierungsprogramm verabschiedet.

**Unser Ziel ist klar:
Rheinland-Pfalz muß Spitze werden!**

1. Durch neue, zukunftssichere Arbeitsplätze!

Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze hat für uns Vorrang vor allen anderen Aufgaben.

2. Durch die Entlastung der Bürger von Steuern, Gebühren und Abgaben!

Die Bürger sind es leid, immer mehr Abgaben zahlen zu müssen. Wir wollen die schlanke Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

3. Durch gleiche Lebenschancen für die Menschen in Stadt und Land!

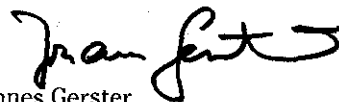
Zwei Drittel unserer Bürger in Rheinland-Pfalz leben in ländlichen Regionen. Die Politik der jetzigen Landesregierung vernachlässigt den ländlichen Raum. Wir geben dem Leben auf dem Land Zukunft.

4. Durch mehr Gemeinsinn Gemeinsames schaffen!

Viele klagen über immer mehr Egoismus, Rücksichtslosigkeit und den Zerfall von Werten. Es gibt die Kultur des Helfens. Diese Haltung wollen wir stärken.

Das sind wichtige Bausteine unserer künftigen Regierungsarbeit. Wenn Sie mehr wissen wollen: Bitte lesen Sie unser Regierungsprogramm. Rheinland-Pfalz braucht wieder eine starke Regierung unter der Führung der **CDU**. Wir wollen die Probleme der Menschen in unserem Land gemeinsam mit Ihnen lösen und unsere Visionen für ein Leben und Arbeiten in einer natürlichen Umwelt in praktisches Handeln umsetzen.

**Die CDU Rheinland-Pfalz:
Alle Kraft für unser Land!**



Johannes Gerster
Ministerpräsidentenkandidat

Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist unsere Heimat. Das Bundesland ist noch recht jung. Doch wir Rheinland-Pfälzer sind uns der großen Geschichte, die unser Land mitten in Europa prägt, bewußt. Die Gemeinden, die Städte und die Landkreise sind traditionsreich und voller Leben. Die Menschen sind freundlich, fleißig, ideenreich und der Zukunft zugewandt. Die kulturelle Vielfalt sucht ihresgleichen. Reizvolle Landschaften laden zum Verweilen ein.

Der Start nach dem Krieg war ungünstiger und schwieriger als der in anderen Bundesländern. Zu vergleichbaren Lebensverhältnissen zu gelangen, das war nur durch die Schaffenskraft der Menschen zu erreichen. Sie vertrauten den politischen Auftrag zur Regierungsführung vier Jahrzehnte lang der **Christlich Demokratischen Union** an. Das war der richtige Weg. Von den Erfolgen dieser Zeit zehren wir noch heute. Daran wollen wir anknüpfen. Daraus schöpfen wir die Kraft, neue Herausforderungen mutig anzunehmen und zu meistern.

Wir brauchen dazu in Rheinland-Pfalz einen Neuanfang mit der **CDU**. Dann kann es gelingen. Unser Land muß wieder auf Erfolgskurs gebracht werden. Es darf nicht länger nur verwaltet werden. Im Landtag in Mainz und im Bundesrat in Bonn werden **Christdemokraten** sich einsetzen für die Interessen der Bevölkerung unseres Landes.



Die **CDU** ist mit Rheinland-Pfalz vertraut wie keine andere Partei.

Wir haben die Visionen für Leben und Arbeiten in einer natürlichen Umwelt. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Aufgaben der Gegenwart lösen und die Zukunft gestalten.

Bewährtes soll gepflegt werden, Überholtes muß abgelöst und Neues muß entwickelt werden.

Das ist nur mit der **CDU** zu machen.

Das sind die großen Ziele der CDU für Rheinland-Pfalz:

- wir schaffen die Voraussetzungen für moderne und zukunftssichere Arbeitsplätze, *Seite 8-14*
- wir stärken die Familie, *Seite 15-17*
- wir schaffen das kinderfreundliche Land, *Seite 17-18*
- wir sichern der Jugend die Zukunft, *Seite 19-21*
- wir wollen die solidarische Gesellschaft und treten ein für mehr Mitwirkung der älteren Menschen, *Seite 22-28*
- wir geben dem Leben auf dem Land Zukunft, *Seite 28-33*
- wir bewahren die Schöpfung und schützen die Umwelt, *Seite 33-38*
- wir verstärken die Forschung und wollen technologischen Fortschritt, *Seite 38-41*
- wir fördern Bildung, Kunst, Kultur und Sport, *Seite 41-47*
- wir machen die Staatsverwaltung "schlank" und stärken die kommunale Selbstverwaltung, *Seite 47-50*
- wir sorgen für Sicherheit und inneren Frieden, *Seite 51-56*
- wir schützen die freiheitliche Demokratie und treten ein für die Zukunft im freien Europa. *Seite 56-60*

Mit beispiellosem Einsatz haben unsere Eltern und Großeltern Kräfte mobilisiert und den Aufbau ermöglicht. Sie haben Rheinland-Pfalz zu einem blühenden Land gemacht.

Wir können heute die Früchte ernten. Aber wir dürfen über das Ernten das Säen und Pflanzen nicht vergessen, damit die nachfolgenden Generationen auch wieder ernten können.

Wir schaffen die Voraussetzungen für moderne und zukunftssichere Arbeitsplätze

Wohlstand und soziale Sicherheit entstehen durch die Arbeit von vielen. Arbeit ist kein Selbstzweck. Es geht um den Menschen, um die Sinnhaftigkeit seines Lebens und den Lohn seines Einsatzes. Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze hat für uns Vorrang vor allen anderen Aufgaben und Ausgaben.

Die **Soziale und Ökologische Marktwirtschaft** ist das Fundament unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie fördert Eigeninitiative und Eigenverantwortung, Kreativität und Flexibilität, Innovationsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit, Fleiß und Leistungsbereitschaft. Leistung wird nur erbracht, wenn sie sich lohnt. Deshalb brauchen wir insbesondere Anreize für die Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft wird auch die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und die ökologische Qualität unseres Landes bestimmen. Deshalb ist eine gute Wirtschaftspolitik auch gleichzeitig eine gute Sozial- und Umweltpolitik.

Steuern und Abgaben

- Wir wollen die **Steuer- und Abgabenquote senken**. Die Staatsquote soll bis zum Jahr 2000 von jetzt 51% auf das vor der Deutschen Einheit erreichte Niveau von 46% zurückgeführt werden.

- Wir werden uns für eine Reform des komplizierten **Steuerrechtes** einsetzen. Das neue Steuerrecht muß verständlich und gerecht sein.
- Wir wollen das **Einkommensteuerrecht vereinfachen** und die Steuersätze senken. Wir wollen die zahlreichen Ausnahmeregelungen streichen; bleiben sollen nur die wesentlichen Freibeträge.
- Wir wollen zusätzlich zur Abschaffung der Gewerbesteuer eine durchgreifende **Unternehmenssteuerreform**, die insbesondere die mittelständische Wirtschaft entlastet.

Existenzgründungen und Konversion

- Wir wollen für unser Land eine **Existenzgründungswelle**. Erfolgreiche Existenzgründungen schaffen die meisten neuen Arbeitsplätze. Vor allem im Handwerk und im Bereich moderner Dienstleistungen gibt es große Chancen für neue Selbständigkeit. Wir werden die Bereitschaft zur Existenzgründung vor allem im Handwerk u.a. durch die Erhöhung der Existenzgründerprämie auf 20.000 DM stärken, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wir wollen Rheinland-Pfalz wieder zur **ersten Adresse für Unternehmensgründer und Investoren** machen. Mit einer Offensive in der Ansiedlungspolitik werden wir moderne und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Wir wissen, daß neue Arbeitsplätze auf Forschung und Entwicklung beruhen und fast ausschließlich im Bereich



innovativer Produkte und Dienstleistungen entstehen können. Wer in Rheinland-Pfalz investieren will, wird künftig von einer Servicestelle betreut werden, die im Projektmanagement das gesamte bürokratische Verfahren zentral steuert und begleitet. Dadurch wollen wir Rheinland-Pfalz als "Investitionsmagneten" über die Landesgrenzen hinaus attraktiv machen.

- Wir werden die Wirtschaftskraft des Landes durch eine **Dynamisierungskur des Staates** und durch ein professionelles Zukunftsmanagement erhöhen. So werden Arbeitsplätze erhalten und den hier ansässigen Unternehmen wird ermöglicht, neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wir werden die Chancen, die sich unserem Land durch die ehemaligen Militärstandorte bieten, entschieden nutzen. Zunächst werden wir eine zentrale Stabs- und Planungsstelle für **Konversionsaufgaben** einrichten. Alle Kräfte müssen endlich gebündelt werden. Wir wollen eine Konversionspolitik aus einem Guß! Im Landeshaushalt werden wir einen spürbaren finanzpolitischen Schwerpunkt zugunsten der betroffenen Regionen setzen und die einzelnen Projekte mehr als bisher unterstützen. Für die Flughäfen Hahn, Bitburg, Zweibrücken und Pferdsfeld bei Sobernheim werden wir geschlossene Nutzungskonzepte erarbeiten. Hierbei beziehen wir die betroffenen Kommunen und investitionswilligen Unternehmen aus der Umgebung ein.

- Wir werden die vom Bundestagsbeschuß über den künftigen Sitz der Bundesregierung und des Bundestages betroffene Region im nördlichen Rheinland-Pfalz im erforderlichen Maß fördern, damit wirtschaftliche Nachteile ausgeglichen werden. Wir werden die Bestrebungen zur Schaffung neuer Wirtschaftsstrukturen und Technologien unterstützen.
- Wir wollen den Regionen des Landes mehr Entwicklungsverantwortung übertragen. Fragen der Landesplanung und Raumordnung, der Erstellung wirtschaftlicher Entwicklungskonzepte und ihrer Förderung, der Ökologie, des Gesundheits- und des Verkehrswesens sowie der kulturellen Entwicklung müssen stärker von und mit den regionalen Körperschaften, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen entschieden werden. Nur eine Region selbst kann ihr eigenes Profil entwickeln und ihre eigenen Kräfte voll entfalten.

Verwaltungsreform

- Wir wollen die **Dauer der Genehmigungsverfahren insgesamt halbieren**, ohne daß darunter die Qualität leidet. Wir werden einfache Genehmigungsverfahren und Projekte, die der Umwelt nützen, durch eine Anzeigepflicht ersetzen und für alle anderen Verfahren Projektmanager einführen. Dadurch erreichen wir sowohl eine Beschleunigung als auch eine Vereinfachung der Verfahren und schaffen ein positives Klima für Investitionen. Auch dadurch wollen

wir Rheinland-Pfalz über die Landesgrenzen hinaus wieder ins Gespräch bringen.

- Wir werden weniger staatliche Reglementierung und Bevormundung und **mehr Selbstverantwortung, persönliche Entscheidungs- und Handlungsfreiheit** durchsetzen. Weniger Staat heißt: mehr Freiraum für den Menschen, mehr Freiraum für die Wirtschaft.

Infrastruktur

- Die Einbindung der Regionen in überregionale Verkehrsstrukturen - insbesondere **Schnellbahnverbindungen** - ist für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes entscheidend. Deshalb werden wir die verkehrstechnische Anbindung verbessern, damit Rheinland-Pfalz nicht den Anschluß verliert. Ein wichtiges Ziel wird sein, unser Land an zukunftsweisende Ost-West-Verkehrsachsen anzuschließen.
- Wir werden dafür sorgen, daß Rheinland-Pfalz wieder zu einem Vorreiter in **Informations- und Kommunikationstechnologie** wird. Im Multimediabereich liegt eine enorme Entwicklungschance für unser Land, die wir wahrnehmen werden.

Neue Arbeitsplätze schaffen

- Wir werden im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz beispielhafte Modelle zur **Mobilzeit und Telearbeit** vorlegen und erproben. Ähnliche Projekte in der freien Wirtschaft sollen gefördert werden.

- Wir wollen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Haushalt fördern. Wir setzen uns dafür ein, daß die steuerliche Absetzbarkeit von **sozialversicherten Haushaltskräften** für jeden Haushalt geschaffen wird.
- Wir wollen durch bessere Qualifikation den von der Arbeitslosigkeit bedrohten bzw. betroffenen Arbeitnehmern neue Chancen eröffnen. Wir wollen **Arbeitslosen** verstärkt Anreize zur Arbeit geben; dazu gehören auch übergangsweise Kombinationen von Arbeitseinkommen und Sozialhilfe.
- Wir wollen, daß sich die Arbeitsmarktpolitik noch stärker um die Gruppen bemüht, für die der Weg zurück in ein reguläres Arbeitsverhältnis besonders schwer ist. Das Programm der Bundesregierung zur Wiedereingliederung von **Langzeitarbeitslosen** in den Arbeitsmarkt ist ein Schritt in die richtige Richtung.
- Unsere Sorge gilt insbesondere auch **älteren Arbeitnehmern**, die nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes häufig schwer zu vermitteln sind. Auch kann die Praxis der Betriebskostensenkung durch Vorruhestandsregelungen zu Lasten der Solidargemeinschaft nicht wie bisher fortgesetzt werden. Im Gegenteil verlangt der künftige Altersaufbau der Bevölkerung Lebensarbeitszeiten, die den Generationenvertrag aufrecht erhalten.

Umbau des Sozialstaats

- Unser Sozialstaat hat sich bewährt. Um ihn aber langfristig zu sichern, müssen wir darauf achten, daß entstandene soziale **Übersorgung** zugunsten von Unterversorgung umgeleitet wird. Umbau des Sozialstaates heißt auch Überprüfen von Leistungen, Abstellen von punktuellen Übersorgungen, Eindämmen von Mißbräuchen, die alle Bürgerinnen und Bürger durch Steuern und Abgaben bezahlen müssen. **Mißbrauch** darf aber nicht nur im sozialen Leistungsbereich, sondern muß auch im **Steuer- und Subventionsbereich** bekämpft werden.
- Wir wollen die **Arbeitskosten** - vor allem die Lohnzusatzkosten - **senken**. Nur so bleibt Arbeit auch bezahlbar und wird nachgefragt.
- Wir wollen außerdem, daß jeder, der arbeiten kann und will, auch arbeitet. Wer arbeiten kann, aber nicht will, mißbraucht die Solidargemeinschaft.
- Wir wollen, daß soziale Transferleistungen nicht auf Dauer an die Stelle von Arbeitseinkommen treten. Um mehr Anreize zur Aufnahme einer Arbeit zu schaffen, wollen wir den Abstand zwischen Netto-Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus sozialen Leistungen deutlich vergrößern und soziale Leistungen zielgenauer einsetzen.

Wir stärken die Familie

Die Familie ist das feste Fundament und die bewährteste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. Hier erleben sie die Solidarität zwischen Menschen verschiedener Generationen. In der Familie können am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten erlernt und entwickelt werden, die Voraussetzung und Grundlage einer freien und selbstverantworteten Gesellschaft sind und das Leben lebenswert machen: Toleranz und Rücksichtnahme, Eigen- und Mitverantwortung.

Ehe und Familie brauchen unsere besondere Unterstützung, weil Bindungen in unserer Gesellschaft mehr denn je vom Scheitern bedroht sind. Die Zahl der Alleinerziehenden, der Geschiedenen und der Wiederverheirateten nimmt zu. Auch Alleinerziehende sind nach unserem Verständnis Familien mit Kindern und stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Lebensgemeinschaften außerhalb von Ehe und Familie gehören zum Bild einer offenen Gesellschaft. Wir achten nicht-eheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die für eine Ehe geltenden rechtlichen Bindungen zu leben. Die Kinder dürfen davon keinen Nachteil haben, deshalb sind wir für die Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Kinder.

Fürsorge und Erziehung von Kindern sind unverzichtbare Leistungen der Familie für die Gesellschaft. Familien



müssen auf vieles verzichten. Da sie aber die menschliche und wirtschaftliche Grundlage für die Sicherung unserer Zukunft schaffen, haben sie Anspruch darauf, daß die Gesellschaft ihre Leistungen wenigstens in materiel-ler Hinsicht anerkennt und für die vielen Nachteile einen gerechten Ausgleich schafft.

- Wir treten ein für eine **neue Familienkultur**, in der konsequent Familien und ihre Kinder gefördert werden. In diese Förderung beziehen wir die vielfältigen Erscheinungsformen heutiger Familien mit ein.
- Unsere Familienpolitik unterstützt den Wunsch von Frauen und Männern, in der **Familie**, im **Beruf** und im öffentlichen Leben Verantwortung zu übernehmen. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit das möglich ist.
- Wir wollen den **Familienleistungsausgleich** regelmäßig der Einkommensentwicklung anpassen und besonders die kinderfreundlichen Elemente verstärken.
- Wir werden das **Landes-Familien-geld** für das dritte Kind auf 450,- DM anheben und prüfen, ob es auf alle Kinder ausgedehnt werden kann. Unser Ziel bleibt, das **Bundeser-ziehungsgeld** auf drei Jahre auszu-weiten.
- Wir werden den **familiengerechten Wohnungsbau** fördern. Bauwillige Familien mit geringem Einkommen sollen bevorzugt landeseigene Flächen auf dem Wege des Erbbau-rechts erhalten.

- Wir wollen für öffentliche und private Bauträger Anreize schaffen, den Bedürfnissen von Familien mit Kindern und des Zusammenlebens von Alt und Jung bei ihrer Planung Rechnung zu tragen. Wir werden als Impuls für ein familiengerechtes Bauen einen **Landespreis für familiengerechte Stadtplanung und Architektur** ausschreiben.
- Wir werden den senioren- und behindertengerechten **Wohnungsbau** und Formen des unterstützten und betreuten Wohnens fördern.
- Wir wollen der **Gewalt in der Familie** durch familienunterstützende und familienergänzende Maßnahmen begegnen.
- Wir setzen uns weiter für die Eindämmung der **Gewaltdarstellung in den Medien** und für eine Medien-erziehung in Kindergarten und Schule ein.

Wir schaffen das kinderfreundliche Land

Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem Land machen, in dem Kinder willkommen und erwünscht sind. Wir ermutigen die Familien, die Verantwortung für die Kinder in der wichtigsten Entwicklungsphase und den damit verbundenen Erziehungsauftrag anzunehmen.

Für uns haben **Kinder** schon immer eine zentrale Rolle gespielt. Die **CDU Rheinland-Pfalz** hat das erste Kindergarten-gesetz auf den Weg gebracht. Wir



haben durchgesetzt, daß in unserem Land jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat.

- Wir werden den Rechtsanspruch auf einen **Kindergartenplatz** in allen Regionen des Landes einlösen, um jungen Familien das Wahlrecht zwischen häuslicher Arbeit und Erwerbsarbeit zu ermöglichen.
- Wir werden Kindertagesstätten nach dem von der **CDU** initiierten Modell des "**Haus des Kindes**" mit den Trägern, die dies wünschen, weiterentwickeln, um so die altersgemischte Erziehung vom dritten bis zum zwölften Lebensjahr besonders zu fördern.
- Wir werden ein Modell für ein qualifiziertes **Tagesmütter-Betreuungsangebot** weiterentwickeln.
- Wir werden das von der **CDU** entwickelte Angebot der **betreuenden Grundschulen** mit verbindlicher "Kernzeit-Betreuung" am Vormittag weiter ausbauen.
- Wir wollen unsere Gemeinden und Städte kinderfreundlicher gestalten. Wir wollen die Kommunen anhalten, bei der Gestaltung öffentlicher Plätze und Einrichtungen auch an die Bedürfnisse der Kinder zu denken und ihnen gefahrlose Angebote für **Spiel und Bewegung** zu machen. Besonders vorbildliche Kommunen sollen ausgezeichnet werden.
- Wir werden einen **Medienpreis** für vorbildliche Beiträge für und über Kinder ausloben und jährlich am Welt-Kinder-Tag vergeben.

Wir sichern der Jugend die Zukunft

Die **Jugend** ist die Zukunft unseres Landes. Wir müssen aber unseren nachkommenden Generationen diese Zukunft sichern.

Zweifellos hat die Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten auch der Jugend bessere Bedingungen geschaffen. Der Zugang zum Bildungssystem ist für viele erleichtert und durchlässiger geworden.

Das günstige Gesamtbild darf allerdings nicht die vorhandenen Ungleichheiten und die Notlagen auch von jungen Menschen verdecken. Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind knapper geworden. Das wirkt sich insbesondere zu Lasten derjenigen Jugendlichen aus, die die schulischen Leistungen und die wachsenden beruflichen Qualifikationsanforderungen nicht erbringen können.

- Wir wollen den Wert der **Beruflichen Bildung** stärker vermitteln und die berufliche Ausbildung entscheidend fördern. Wir fordern, den Absolventen der Berufsschule in Verbindung mit einem erfolgreichen Ausbildungsabschluß nach einem Zusatzunterricht die Chance zur fachgebundenen Hochschulreife zu geben.
- Wir werden entsprechend den Prinzipien der **Berufsakademien** neue Bildungswege in Rheinland-Pfalz einführen.
- Wir wollen die Durchlässigkeit im Hochschulbereich über die Öffnung der Hochschulen für besonders qualifizierte Berufstätige und durch

Übertrittchancen zwischen **Fachhochschule und Universität** verstärken.

- Wir wollen mehr praxisorientierte Studiengänge und Angebote des **berufsintegrierten Studiums** an der Fachhochschule.
- Wir wollen die unter der Überlast leidenden Hochschulen durch eine **verbesserte Grundausstattung** entlasten.
- Wir wollen, daß Möglichkeiten zur **Verkürzung des Studiums** genutzt werden.
- Wir wollen die Meisterausbildung stärken und ein „**Meister-BAföG**“ einführen, damit den rund 90.000 Meisterschülern Chancengerechtigkeit in der Weiterbildungsförderung geboten wird. Denn die Meisterprüfung ist ein Schlüssel zur Gründung neuer Existenzen und damit zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Möglichst **alle Jugendlichen** sollen einen **qualifizierten Abschluß** erhalten. Wir werden Hilfen für Jugendliche verstärken, die sich in der Schule schwer tun oder die schulische Ausbildung abgebrochen haben.

Auch für die Jugendlichen, welche die immer anspruchsvolleren Anforderungen der modernen Berufsausbildungswege nicht mehr erfüllen können und daher häufig ohne jede Ausbildung bleiben, werden neue, **kürzere Ausbildungsgänge** entwickelt und eingeführt.

Das weltweit beispielhafte **Duale System der Berufsausbildung** muß

modernisiert werden. Um das zu erreichen, müssen die bestehenden Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne modifiziert werden. Jeder Jugendliche soll seine Chance auf Ausbildung erhalten.

- Wir werden zusammen mit Handwerk, Handel, Industrie und Freien Berufen eine Initiative starten, um **ausreichend Ausbildungsplätze** zu erhalten und neue zu schaffen. Die qualifizierte Ausbildung ist für uns eine standortsichernde Maßnahme.
- Wir unterstützen die Errichtung von Jugendbeiräten in Gemeinden und Städten. Wir sehen in der Einrichtung von selbstverwalteten **Jugendhäusern** im Rahmen anerkannter fachlicher Konzepte einen Weg, die Jugendarbeit zu stärken.
- Wir werden **soziale und ökologische Projekte**, z.B. in Schulen, fördern, um schon früh das Verantwortungsgefühl aller für die Umwelt und unser Gemeinwesen zu wecken und zu stärken.
- Wir werden mehr Angebote für das **Freiwillige Soziale Jahr** und das **Freiwillige Ökologische Jahr** schaffen, dies verstärkt auch auf europäischer Ebene.
- Wir werden die Möglichkeiten der **internationalen Jugendbegegnung** als unverzichtbare Brücken zur Verständigung und zum Verstehen von jungen Menschen verstärken.

Wir wollen die solidarische Gesellschaft und stärken die Mitwirkung älterer Menschen

Über Rücksichtslosigkeit, Gewalt gegen Schwache, blinde Zerstörungswut und Ausländerfeindlichkeit berichten die Medien tagtäglich. Die Mißstände und Gewalttaten sind empörend; sie sind zunehmend Teil unserer Wirklichkeit geworden.

Die vielen "stillen" Hilfsbereiten fallen weniger auf. Sie sind aber ebenso eine Wirklichkeit in unserem Land. Es gibt die aufopfernde Sorge um Kranke, Behinderte und Pflegebedürftige, es gibt die stille Arbeit in sozialen Brennpunkten und in Asylbewerberheimen.

Viele bemühen sich um die Pflege des Brauchtums oder setzen sich für eine natürliche Umwelt ein. Sie finden sich in allen Schichten quer durch die Gesellschaft und die Generationen. Das meiste geschieht ohne öffentliches Aufsehen, ehrenamtlich und nicht vor laufender Kamera.

In unserer Heimat hat es im Laufe der Geschichte große Persönlichkeiten gegeben, die für diese Haltung standen. Nicht selten waren es auch Menschen, die von außen zu uns gekommen sind, auf der Suche nach einer neuen Existenz. Dies gilt insbesondere für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler. Sie sind ansässig geworden. Ihre Erfahrung, ihr Können, aber auch ihre Menschlichkeit haben unser Land reich gemacht und mit dazu beigetragen, daß sich immer wieder eine solidarische Gesellschaft durchsetzen konnte.

Alle großen Sozialgesetze in Deutschland tragen die deutliche Handschrift der **CDU**. Wir haben damit einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden geleistet, den wir auch für die Zukunft bewahren wollen.

Diese Tradition wollen wir erhalten und weiterentwickeln:

- Jeder Mensch hat das **Recht auf Leben**. Dazu gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens. Die Würde des Sterbenden ist unantastbar.
- Wir wollen Initiativen fördern, die den **Gemeinsinn** in der Gesellschaft konkret werden lassen und die Nachbarschaftshilfe stützen und wieder anregen.
- Wir wollen allen eine menschenwürdige Lebensführung ermöglichen. Dies gelingt nur, wenn wir wieder zum Grundsatz der **Hilfe zur Selbsthilfe** zurückfinden. Risiken, die der einzelne und die Familie selbst tragen können, bedürfen nicht der Absicherung durch kollektive Sicherungssysteme. Die Gemeinschaft muß dem einzelnen jedoch weiterhin solidarisch jene **Lebensrisiken** abnehmen, die er alleine nicht bewältigen kann.

Stärkung des Ehrenamts

- Solidarität mit dem Nächsten wird in vielen Fällen überzeugend durch die **ehrenamtliche Arbeit** geübt. Unzählige Menschen arbeiten in sozialen oder kulturellen Feldern, im Sport oder in der Politik und geben noch mehr Menschen Lebenshilfe und Sinnerfüllung. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit stützen und fördern.

- Wir unterstützen die Anregung vieler Wohlfahrtsverbände, einen Ehrenamt-Paß einzuführen, in dem ehrenamtliche Tätigkeiten in der Sozial-, Bildungs- und Verbandsarbeit und die im Zusammenhang damit absolvierte Fort- und Weiterbildung dokumentiert werden.

Mitwirkung älterer Menschen

- Wir wollen die Mitarbeit und die **Mitsprache älterer Menschen** in unserer Gesellschaft stärker als bisher ermöglichen. Wir brauchen die Lebenserfahrung der älteren Menschen, deren Sachkenntnisse und deren Engagement. Deshalb werden wir die Politik für ältere Menschen durch eine zentrale Koordinierungsstelle im Land für Seniorenpolitik mit übergeordneten Zuständigkeiten aufwerten und verbessern.
- Wir wollen für ältere Menschen ein **Freiwilliges Soziales Seniorenjahr** erproben.
- Wir wollen älteren Menschen helfen, in der gewünschten Wohnform zu leben. Deshalb fordern wir das generationsübergreifende Wohnen und das betreute Wohnen. Darüber hinaus sollen im **Wohnungsbau** die Bedürfnisse älterer Menschen besonders berücksichtigt werden. Viele verbinden noch falsche Vorstellungen mit dem Alter. Deshalb setzen wir uns ein für eine bessere Berücksichtigung alterswissenschaftlicher Forschungsergebnisse in den einschlägigen Ausbildungsgängen und fördern die Vermittlung eines realistischen Altersbildes in den Schulen.

- Wir werden die Ziele der von der **CDU** gegen viele Widerstände durchgesetzten **Pflegeversicherung** realisieren.
- Mit innovativen Konzepten wollen wir moderne Einrichtungen und Dienstleistungen für **Pflegebedürftige wohnortnah fördern**. Die neuen Möglichkeiten der Pflegeversicherung, wie z.B. Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege, müssen allen Pflegebedürftigen zugänglich sein, damit der Wunsch nach möglichst langem Verbleiben im häuslichen Umfeld auch verwirklicht werden kann.
- Die **frei-gemeinnützigen Träger** ambulanter sozialpflegerischer Dienste sollen weiter subsidiär durch das Land gefördert werden. Das Land muß weiterhin Mittel bereitstellen, um den notwendigen Bedarf an geeigneten Pflegeplätzen in Heimen zu decken.

Frauen und Männer in Partnerschaft

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich **Frauen und Männer in Partnerschaft** ihre Aufgaben teilen. Wir schreiben Frauen und Männern nicht die Aufgabenteilung zwischen Familie und Arbeitswelt vor. Wir setzen auf Fairneß und Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Das schließt mit ein, daß viele Männer lernen, mehr Familienverantwortung zu übernehmen.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** durch die Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitswelt erleichtern -



insbesondere durch einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst und eine Kampagne für Mobilzeit.

- Wir wollen, daß der Kontakt zum Beruf während der Erziehungsjahre gehalten werden kann. Die **Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben** werden wir durch Qualifizierungsangebote und den Ausbau mobiler Beratungsstellen fördern.
- Wir wollen die **Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben** mit allen geeigneten Mitteln unterstützen. Wir wollen Barrieren beseitigen, die Frauen hindern, ihre beruflichen Ziele zu erreichen.
- Wir wollen eine **effektive Förderung der Frauen im öffentlichen Dienst**, denn dieser hat eine Vorreiterfunktion auch für die Wirtschaft.
- Wir werden bei Arbeitgebern, Kammern, Gewerkschaften etc. Modelle anregen und Anreize schaffen, um die **Beschäftigung von Frauen** ebenso zu verbessern wie ihre Aufstiegschancen.

Gesundheit für alle

- Wir wollen unser **Gesundheitssystem** durch eine neue Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung langfristig sichern. Unser Ziel ist, eine der Krankheit angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Qualität, Humanität und Wirtschaftlichkeit müssen gewährleistet sein.

- Wir wollen eine gleichwertige **medizinische Akutversorgung** für jeden Patienten - ob in Stadt oder Land - in zumutbarer Nähe.
- Wir wollen **Gesundheitsförderung und -vorsorge** verstärken. Wir werden ein landesweites Krebsregister zügig einführen.
- Wir wollen die **Verbraucher** vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln schützen und die Lebensmittelkontrolle auch organisatorisch verbessern.
- Wir wollen, daß bei der **Organspende** die Menschenwürde der Maßstab ist. Deshalb werden wir die freiwillige Organspende fördern, damit mehr kranken Menschen geholfen werden kann. Wir treten für eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung der Organspende ein.
- Wir wollen die Umweltmedizin als **gesundheitlichen Umweltschutz** stärken und damit die Verbindung zwischen Umwelt- und Gesundheitspolitik herstellen. Denn eine lebenswerte Umwelt ist untrennbar mit der Gesundheit als einem wertvollen Gut des Menschen verbunden.

Fremde in unserem Land

- Viele Menschen kamen und kommen als **Fremde** in unser Land - **Deutsche und Ausländer**. Viele wollten nur vorübergehend bleiben und leben nun schon seit Generationen hier und teilen alles mit uns.
- Wir wollen, daß Ausländerkinder ab der dritten Generation, deren Eltern wie Großeltern bereits in Deutsch-



land leben und die auch hier bleiben werden, mit der Geburt Deutsche werden. Spätestens ab dem 18. Lebensjahr soll die fremde, die zweite **Staatsbürgerschaft** entfallen. Hierzu sind die rechtlichen Voraussetzungen durch Gesetz und internationale Vereinbarungen zu schaffen.

- Wir wollen den Ausländern, die zurück in ihre Heimat wollen und hoffen, daß sie dort wieder in Frieden leben können, die **Rückkehr ermöglichen und erleichtern**.
- Wir wollen denen, die unseren Schutz und Asyl brauchen, dies nicht verweigern. Der Mißbrauch des **Asylrechts** aber muß gerade im Interesse der ausländischen Mitbürger verhindert und beseitigt werden.

Wir geben dem Leben auf dem Land Zukunft

Unser Land ist geprägt durch eine vielfältige **Kulturlandschaft**. Generationen haben daran gearbeitet. Einen besonderen Anteil an dieser Leistung haben die Land- und Forstwirte und die Winzer.

Die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes hat für uns eine hervorragende Bedeutung. Zwei Drittel aller Rheinland-Pfälzer leben in Städten und Dörfern unter 20.000 Einwohnern. Es gilt, diesen Menschen, die mit ihrer Heimat zumeist in besonderem Maße verbunden sind, attraktive Zukunftsperspektiven zu eröffnen, die auch für kommende Generationen noch Gültigkeit haben müssen.

Die Menschen auf dem Lande sind bereit, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Der ländliche Raum ist kein Auslauf-, sondern ein Zukunftsmodell. Durch wirtschafts- und strukturfördernde Maßnahmen können nachhaltig weitere Wachstums- und Beschäftigungspotentiale erschlossen werden.

Der dynamische technische Wandel, die Revolution in der Kommunikations- und Medientechnik sowie eine immer noch steigende Mobilität bedeuten für den ländlichen Raum mehr Chancen als Risiken, wenn es uns gelingt, jetzt die Weichen richtig zu stellen.

Gleichzeitig sind die traditionellen Erwerbsquellen aus der Land-, Forst-, Wein- und Ernährungswirtschaft sowie aus dem Gartenbau zu erhalten. Sie sind wichtige Wirtschaftsfaktoren und geben vielen Menschen Arbeit und Einkommen. Bauern und Winzer brauchen Zukunftsperspektiven.

Wirtschaftspolitik vor Ort ist ohne eine ausreichende kommunale Finanzausstattung nicht möglich. Wir wollen die kommunalen Finanzen stärken und für Unternehmensansiedlungen im ländlichen Raum Anreize schaffen. Wir wollen die Arbeit zu den Menschen bringen.

- Wir werden ein eigenständiges **Strukturministerium** für den ländlichen Raum schaffen. Darin werden wir die Aufgaben von Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sowie von Raumordnung, Fremdenverkehr, Dorferneuerung, Naturschutz und anderer Bereiche bündeln und vernetzen. Wir erstellen ein Gesamtkonzept für den ländlichen Raum!

- Wir wollen sicherstellen, daß vorhandene Unternehmen ihren Standort beibehalten und sich weiterentwickeln können. Wir werden Anreize schaffen, damit sich Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen verstärkt neu ansiedeln. **Unternehmensgründer** müssen gezielt gefördert und beraten werden.
- Wir werden vor allem die teilweise sehr gut erschlossenen **Konversionsflächen** in den strukturschwachen Räumen besser an die Verkehrsadern anschließen, damit sich dort Unternehmen ansiedeln. Dieses Entwicklungspotential für den ländlichen Raum muß besser genutzt werden!
- Wir werden bei der **Gewerbeansiedlung** über die Gemeindegrenzen hinaus denken und dabei auf die gute Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitikern bauen.
- Wir wollen die ländlichen Räume an die neuen **Kommunikationsnetze und Datenautobahnen** anbinden, um so neue Technologien nutzbar zu machen. Dies schafft Anreize zur Ansiedlung neuer Unternehmen und macht computergestützte Heimarbeitsplätze erst möglich.
- Wir werden die vorhandenen **Lücken der Verkehrsinfrastruktur** in den strukturschwachen Räumen **schließen**. Dabei steht die moderne Anbindung insbesondere der Regionen Eifel/Mosel/Hunsrück/Nahe/Westwald und der Westpfalz an die Rheinschiene im Mittelpunkt. Denn Industrie und Gewerbe lassen sich

nur dort nieder, wo die Verkehrslage günstig ist und die Transportkosten stimmen.

- Wir werden ein professionelles und kundennäheres **ÖPNV-Management** entwickeln, denn der öffentliche Personennahverkehr muß verbessert werden. Bei aller wünschenswerten Förderung des ÖPNV müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es in Teilen des ländlichen Raums zum Individualverkehr keine finanzierbare und ökologisch sinnvolle Alternative gibt.
- Wir werden den **Fremdenverkehr** in den ländlichen Gebieten fördern. Wein, Kultur und Fremdenverkehr müssen als eine Einheit gesehen werden. Das Kulturerbe, die Sehenswürdigkeiten, die Erholungsgebiete, die Produkte der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Verkehrswege werden wir in ein übergreifendes Konzept einbinden.

Ohne eine intakte **Land- und Forstwirtschaft** ist der ländliche Raum nicht lebensfähig. Deshalb hat die Agrarpolitik für die Zukunft des Lebens auf dem Land eine große Verantwortung und Bedeutung. Wir setzen uns für eine Reform der Agrarpolitik ein, damit die Position der rheinland-pfälzischen Landwirte im zusammenwachsenden Europa gestärkt wird.

Leitbild unserer Agrarpolitik ist die **bäuerliche Landwirtschaft**.

- Wir wollen, daß das landwirtschaftliche Einkommen in erster Linie aus Markt- und Dienstleistungen erwirtschaftet wird. Ausnahmsweise werden wir die Einkommen aus der Landwirtschaft durch **direkte**

Einkommenshilfen zusätzlich sichern.

- Wir halten ausnahmsweise zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit anbauwürdiger Kulturen auch **produktbezogene Beihilfen** für notwendig. In den von der Natur benachteiligten Gebieten werden wir die Ausgleichszahlungen in bisherigem Umfang fortführen, aber den **bürokratischen Aufwand für die Landwirte reduzieren**.
- Wir werden die Nutzung **nachwachsender Rohstoffe** stärker forcieren. Durch die Förderung nachwachsender Rohstoffe eröffnen wir der Landwirtschaft neue Perspektiven und Absatzmärkte.
- Wir wollen **umweltrelevante Zusatzleistungen** der Landwirte honorieren, damit sich umweltschonende Produktion für den Landwirt lohnt.

Die Reform der **Weinmarktordnung** der Europäischen Union ist für Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns für folgende Eckpunkte ein:

- Wir wollen den Verzicht auf nationale Quoten, auf jeden Fall aber den Verzicht auf die Einbeziehung von Qualitätsweinen.
- Wir wollen die Anerkennung der traditionellen Weinbereitungsmethoden, den Abbau der Destillationsregelungen und die Beibehaltung der bisherigen Weinbauzonen. Der **Steillagenweinbau** in den Flußtälern unseres Landes ist nicht nur eine historische Kulturlandschaft, sondern auch für die Erzeu-

Warum der Wechsel in Rheinland-Pfalz so wichtig ist:

1996 muß das Jahr des Aufschwungs für Rheinland-Pfalz durch die Mobilisierung neuer Kräfte werden. Dafür ist eine politische Umkehr und Wende erforderlich. Denn: Seit der Regierungsübernahme der SPD vor fünf Jahren hat Rheinland-Pfalz an Boden verloren, wurde der Abschwung auf allen politischen Feldern eingeleitet und ein Ende ist nicht in Sicht. Dieser Abschwung läßt sich an unumstößlichen Fakten festmachen:

1. Noch nie gab es so **viele Arbeitslose** in Rheinland-Pfalz wie zum Jahreswechsel 1995/96: 142.000 Menschen. 1991 waren es noch 82.334. Über 30.000 **Arbeitsplätze** sind alleine in den letzten drei Jahren verloren gegangen. Noch nie gab es mehr **Konkursverfahren**: 761 im Jahre 1994 (1990: 489).
2. Noch nie war die **Landesverwaltung** so aufgebläht gewesen wie jetzt: Um 2790 Stellen ist der Personalbestand seit 1991 angestiegen. Davon wurden alleine 248 neue Stellen in den Ministerbereichen, den politischen Führungsebenen der Ministerien geschaffen.
3. Noch nie ist **die kommunale Selbstverwaltung** so ausgehöhlt worden: 750 Mio. DM sind den Kommunen seit 1991 vorenthalten worden. Die Zahl der Gemeinden mit unausgeglichenen Haushalten stieg von 129 (1992) um ein

Vielfaches an. 1995 dürften es annähernd 1.000 Gemeinden werden, 1996 wird diese Zahl nach derzeitigen Erkenntnissen weiter steigen.

4. Noch nie war die öffentliche Hand in Rheinland-Pfalz insgesamt so **verschuldet** wie jetzt: Von 1991 bis 1994 nahmen die Schulden um 6,2 Milliarden DM zu (plus 17,5 %). Das Land alleine hat daran einen Zweidrittel-Anteil.
5. Noch nie waren die Bürgerschaftsausfälle des Landes so hoch: alleine 90,5 Mio. DM in 1994 - verursacht durch die zahlreichen **Konversionspleiten**. 80 Mio. DM wurden in das MIT-Projekt, Mainz, gesteckt, ohne daß auch nur ein einziger Arbeitsplatz erhalten werden konnte. Hinzu kommen die finanziellen Pleiten durch schlechtes Verhandeln bei den Flugplätzen Hahn und Zweibrücken.
6. Trotz (oder gerade wegen?) der politischen Nullbilanz: Noch nie waren die **Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit** so hoch wie jetzt. Für Propagandamittel gab die Landesregierung alleine 1994 mehr als 7 Mio. DM aus - mehr als doppelt soviel wie 1990.
7. **Noch nie war die Position von Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern so schlecht wie jetzt:** Beim **Bruttoinlandsprodukt** je Einwohner ist Rheinland-Pfalz vom achten Platz 1990 (vor dem Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) auf den letzten Platz

unter den westlichen Bundesländern 1994 zurückgefallen.

Als einziges westliches Bundesland hatte Rheinland-Pfalz einen **Anstieg der Kriminalität** im Jahre 1994 zu verzeichnen (plus 3,8 %), während gleichzeitig die Polizei in der Fläche ausgedünnt wurde.

8. Die Bezugsdauer des **Landesfamilien-geldes** wurde gekürzt, ohne die Höhe dem Niveau anderer Bundesländer anzugleichen (immer noch 300 DM). Beim **Mitbestimmungsrecht** ist Rheinland-Pfalz bundesweites Schlußlicht: das Personalvertretungsgesetz ist verfassungswidrig.
9. Noch nie wurde in Rheinland-Pfalz ein derartiger **Bildungsabbau** betrieben: steigende Klassengrößen, hoher Unterrichtsausfall trotz Stundentafelkürzungen, Einschnitte bei der Lernmittelhilfe, zunehmende Gefährdung wohnortnaher Schulstandorte (alleine rund 100 Hauptschulstandorte sind gefährdet).
10. Noch nie wurde in Rheinland-Pfalz so wenig für den **Naturschutz** getan wie seit 1991. Nur ein Indikator: die Ausweisung von Naturschutzgebieten (1990: 43; 1991: 26; 1994: gerade einmal 3).

Deshalb ist der Wechsel in Rheinland-Pfalz so wichtig. Deshalb muß das Jahr 1996 die Wende bringen! Mit aller Kraft wird sich die CDU Rheinland-Pfalz für unser Land einsetzen. Wir wollen uns auf die wichtigsten Aufgabenfelder konzentrieren: Kraftvolles Handeln statt Reden, Mut statt Ausflüchte, nüchterne Analysen statt Schönredereien.

1996 kann der Startpunkt für das "Zukunftsmodell Rheinland-Pfalz" werden: Aufschwung bei Investitionen, Existenzgründungen und Arbeitsplätzen; grundlegende Verwaltungsvereinfachung; Offensive in der Inneren Sicherheit und in der Bildungspolitik.

Rheinland-Pfalz muß Spitze werden!

Helfen Sie uns dabei. Gemeinsam können wir es schaffen!

Die alles entscheidende Landtagswahl findet am 24. März 1996 statt. Unterstützen Sie mit Ihrer Stimme die CDU Rheinland-Pfalz.

gung von weltweit hoch angesehenen Spitzenweinen besonders erhaltenswürdig.

- Wir wollen eine flexiblere **Hektar-Höchstertragsregelung** bei Qualitätswein und eine Entbürokratisierung im Weinrecht.

Wir bewahren die Schöpfung und schützen die Umwelt

Für uns ist der Schutz der Umwelt ein christliches und ethisches Anliegen. Wir haben eine Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung. Der Mensch ist Teil dieser Schöpfung. Wir wollen Umweltschutz mit den Menschen betreiben und nicht gegen sie.

Für uns ist die Stärkung des Umweltbewußtseins eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Gerade junge Menschen zeigen ein Umweltbewußtsein, das in keiner anderen Altersschicht unserer Gesellschaft so ausgeprägt ist. Diese Begeisterung und diesen Elan wollen wir bewahren, fördern und nutzen, um die Verantwortung für Natur und Schöpfung in allen Gesellschaftsschichten nachhaltig zu verwurzeln.

Umweltschutz kann nicht isoliert betrachtet und betrieben werden. Wir sehen Umweltpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einheit.

- Wir wollen die **Soziale und Ökologische Marktwirtschaft**, die zu einem neuen Verständnis von Wohlstand, Wachstum und Fortschritt führt. Wir wollen Umweltpolitik nicht als Reparaturbetrieb. Für uns steht



die Vorsorge im Mittelpunkt, damit Umweltbelastungen erst gar nicht entstehen. Die Vorbildfunktion umweltbewußter Unternehmen, von denen es eine ganze Reihe in Rheinland-Pfalz gibt, wollen wir deutlicher herausstellen.

- Wir werden das Klima schützen, indem wir energiesparende Techniken und die Nutzung **alternativer Energien** verstärkt fördern, um so den CO₂-Ausstoß durch Verbrennung von Kohle, Öl und Gas zu reduzieren. In unserem Land sind dabei die **nachwachsenden Energieträger** besonders wichtig. Ökologische Gesichtspunkte sollen bei der Besteuerung aufkommensneutral stärkere Berücksichtigung finden.
- Nicht nur wegen der Sicherung des Energiebedarfs, sondern gerade auch wegen des Klimaschutzes kann derzeit auf die **Kernenergie** nicht verzichtet werden. Wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, soll das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich Strom produzieren, damit wir nicht von weniger sicheren Kernkraftwerken aus dem Ausland Strom beziehen müssen.
- Wir wollen, daß jede Generation ihr Abfallproblem selbst löst. Dabei muß die **Abfallvermeidung** an erster Stelle stehen. Wir haben in unserem Ansatz die traditionelle Abfallbeseitigung durch die **Kreislaufwirtschaft** ersetzt. Die Deponien von heute sind für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft der falsche Weg. Ökologisch sinnvoller ist die **thermische Verwertung** des nicht vermeidbaren und nicht anders verwertbaren Rest-

abfalls. Bei den Abfallverbrennungsanlagen nach dem heutigen Stand der Technik wird immer noch verkannt, welche riesigen Fortschritte gerade in den letzten Jahren erzielt worden sind.

- Wir wollen mehr für die Ausweisung, Pflege und Vernetzung von **Naturschutzgebieten** tun. Dabei ist es uns wichtig, die Verfahren zur Ausweisung von Naturschutzgebieten zu beschleunigen.
- Wir wollen Naturschutz mit und nicht gegen den Eigentümer umsetzen. Dazu wollen wir das Instrument des **Vertragsnaturschutzes** weiterentwickeln.
- Wir treten für eine flexible und praxisgerechte Handhabung der landespflegerischen Ausgleichsmaßnahmen ein, die nicht einseitig zu Lasten der Entwicklung einer Region gehen dürfen.
- Wir werden weitere Anstrengungen zur **Gewässerreinigung** unternehmen. Damit die Kosten der Abwasserbeseitigung nicht unangemessen weiter steigen, soll, wo immer möglich, nur jenes Wasser, das wirklich der Reinigung bedarf, den Abwasserbeseitigungsanlagen zugeführt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, die Frist für die Errichtung der **dritten Reinigungsstufe** zu verlängern, weil in vielen Fällen die zweite Stufe ausreicht und der Nutzen die Kosten oft nicht rechtfertigt.
- Wir messen der Schaffung von **Überflutungsgebieten** zur Wasser-

rückhaltung und -speicherung besondere Bedeutung bei. Um den Menschen in hochwassergefährdeten Gebieten zu helfen, werden wir uns dafür einsetzen, daß alle notwendigen Maßnahmen zur Entsiegelung und zur Einrichtung von Poldern umgesetzt werden.

- Wir wollen einen besseren **Bodenschutz**, in dem alle Maßnahmen zur Vorsorge gegen Bodenbelastungen erfaßt werden. Dazu gehören der sparsame Landschaftsverbrauch, die Renaturierung, die möglichst geringste Versiegelung des Bodens sowie die Beseitigung von Schäden.
- Wir setzen uns ein für den Aufbau und die Erhaltung naturnaher, **struktureicher Mischwälder**, ihre nachhaltige Nutzung im Sinne des Ökosystems sowie ihren Schutz vor den Folgen der Luftschadstoffeinträge. Die Kommunen werden hierfür beim Finanzausgleich entsprechend berücksichtigt.
- Wir werden dazu beitragen, daß die **Schadstoffemissionen des Verkehrs** reduziert werden. Wir wollen, daß spätestens im Jahr 2000 nur noch Autos mit Katalysator fahren und daß eine Kat-Pflicht auch für Motorräder eingeführt wird.
- Wir wollen die Steuersätze für umweltverträgliche Betriebsstoffe senken. Benzolarmes Benzin sowie das **3- bis 5-Liter-Auto** (je nach Größe) sollen so rasch wie möglich auf den Markt gebracht werden.
- Wir wollen eine emissionsabhängige **Kfz-Steuer** und die europaweite Reduzierung der Kurzstreckenflüge.

- Wir wollen den Einsatz des besonders umweltfreundlichen **Erdgases** im öffentlichen und privaten Nahverkehr fördern.
- Wir wollen die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der den unterschiedlichen Strukturen der Regionen, insbesondere auch im Hinblick auf den unterschiedlich ausgeprägten Schienenverkehr, Rechnung trägt. Wir wollen die finanziellen Rahmenbedingungen für die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufgabenträger des ÖPNV so verbessern, daß notwendige Mindeststandards in allen Regionen des Landes angeboten und finanziert werden können.
- Wir wollen den **Lärm** an der Quelle wirkungsvoll bekämpfen. Das kann geschehen durch Förderung des technischen Fortschritts, durch Vorsorge gegen den Verkehrslärm an neuen Verkehrswegen, durch Lärmsanierung an bestehenden Straßen und Schienenwegen sowie durch die Beschaffung geräuscharmer Nutzfahrzeuge für die öffentliche Verwaltung.
- Wir wollen den Vollzug der gesetzlichen Regelungen zum **Tierschutz** verbessern und die Zahl der Tierversuche durch den Einsatz neuer Technologien reduzieren. Wir werden das Tierschutzbewußtsein auch in Bildung und Ausbildung stärken sowie die Information und Beratung für Tierhalter verbessern.
- Wir wollen die **Genehmigungsverfahren** gerade im Bereich des Umweltschutzes erheblich beschleunigen.

nigen. Für Vorhaben mit umweltverbessernder Wirkung soll ein genehmigungsersetzendes **Anzeigeverfahren** eingeführt werden.

Wir verstärken die Forschung und wollen technologischen Fortschritt

Wissenschaft und Technik gehören zu den Grundlagen des modernen Lebens. Sie bestimmen nicht nur unseren Alltag, sondern auch unseren Lebensstandard. Sie sind die Basis für die erfolgreiche Bewältigung von Zukunftsaufgaben.

Spitzenleistungen in **Forschung und Technologie** sind eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung zukunftsicherer Arbeitsplätze.

Wir bekennen uns zum technischen Fortschritt, der die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis umsetzt. Nur so ist wirtschaftlicher Erfolg auf Dauer möglich, zum Wohle der Menschen und der Umwelt. Technologiepolitik ist aktive Standortpolitik. Eine Neuorientierung der Technologiepolitik ist für unser Land dringend nötig.

Stillstand, der beim rasanten Tempo der technologischen Entwicklung zwangsläufig Rückschritt bedeutet, muß durch eine aktive Technologiepolitik überwunden werden.

bestimmen erheblich das Wachstum und die Beschäftigung in hochentwickelten Volkswirtschaften. Die zwischen 1982 und 1992 in Deutschland neu geschaffenen Arbeitsplätze entstanden überwiegend in forschungsinintensiven Unternehmen und bei innovativen Dienstleistungen.

Die Grundlagenforschung in Geistes- und Naturwissenschaften bildet die Basis der wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Entwicklung. Sie hat ihre Heimat an den Hochschulen und an den Instituten, beispielsweise der Max-Planck-Gesellschaft.

Moderne Forschungseinrichtungen sind die Keimzelle der Industrien von morgen. Der Technologietransfer und die wirtschaftliche Nutzung von Forschungsergebnissen müssen deshalb erleichtert werden. Staatliche Regulierung und zeitraubende Genehmigungsverfahren dürfen nicht länger dazu führen, daß unser Land von ganzen Zukunftsindustrien, wie z.B. der Gentechnologie abgekoppelt wird.

Wir haben die Kraft, Rheinland-Pfalz zu einem Land der **Innovation und der Spitzenforschung** zu machen.

- Wir wollen das **Forschungs- und Technologieklima** verbessern.
- Wir wollen die **anwendungsbezogene Forschung** mit Schwerpunktsetzung bei innovativen Technologien in Hochschulen und in anderen Forschungseinrichtungen fördern.
- Wir wollen einen in Netzwerken organisierten **Dialog** zwischen Forschung, Produktentwicklung und

Marketing, um den Transfer von Wissen zu beschleunigen.

- Wir wollen Rheinland-Pfalz attraktiver machen für Spitzenforscher und Forschungseinrichtungen im Bereich der **Spitzentechnologie**.
- Wir wollen einen intensiven Dialog nicht nur über die Risiken, sondern auch über die **Chancen** moderner Techniken, weil von der Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der Wirtschaft die Standortqualität unseres Landes abhängt. Wir fordern die Wissenschaft auf, hierzu einen Beitrag zu leisten, weil nur auf der Grundlage sachkundiger, ausgewogener Informationen ethische Diskussionen über Technologie einen Sinn erhalten.

Wir fördern Bildung, Kunst, Kultur und Sport

Erziehung, Bildung und Ausbildung sind entscheidende Grundlagen für die **Entfaltung der Persönlichkeit**. Menschen werden befähigt, ihr Leben eigenständig und verantwortungsvoll zu gestalten und ihren Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden.

Schule soll Grundwerte darstellen und einüben, Kreativität und Spontaneität sowie das Sozialverhalten fördern. **Erziehung und Wertevermittlung**, auch im Sinne eines christlichen Weltverständnisses, müssen in der Schule weiter gestärkt werden. Schule muß mehr als ausschließlich Fachwissen vermitteln.

Wir verwirklichen die **humane Leistungsschule**. Leistungsfähigkeit, Neigung und Begabung sind entsprechend der individuellen Ausgangssituation der Kinder zu fördern. Uns geht es vorrangig um die Inhalte des Unterrichts und die Effizienz von Erziehung, Bildung und Ausbildung.

Innerhalb der Schule müssen die pädagogischen Freiräume erweitert werden. **Musische Bildung und Ausbildung** muß in der Praxis wieder den erforderlichen Raum erhalten. In der Schule muß auch wieder mehr gesungen und musiziert, gemalt und Theater gespielt werden.

Wir wollen den Stellenwert des **Schulsports** erhalten und stärken. Fehlende Lehrerstellen dürfen nicht dazu führen, daß immer wieder Sportstunden gestrichen werden.

Es besteht kein Anlaß, **das bewährte, gegliederte Schulsystem** aus Haupt- und Berufsschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen in Frage zu stellen.

Die Integrierte Gesamtschule (IGS) als Regelschule hat sich bundesweit nicht bewährt. Bestehende IGS in Rheinland-Pfalz sollen künftig als Angebotsschulen weitergeführt werden. Weitere IGS wird es mit der **CDU** in unserem Land nicht geben.

- Wir wollen, daß sich Schule am **Kind orientiert**. Sie darf kein Tummelplatz für Ideologen sein.
- Wir wollen **gefährdete Schulstandorte** durch organisatorische Zusammenlegung von Haupt- und Realschulbildungsgängen in kooperativer

Form oder durch die weitere Einrichtung freiwilliger zehnter Hauptschuljahre stützen.

- Wir wollen auch in Zeiten finanzieller Knappheit der **baulichen Ausstattung** und der Versorgung mit geeigneten **Unterrichtsmaterialien** Priorität vor der zusätzlichen Errichtung neuer Schulen oder der Durchführung kostenintensiver Schulversuche einräumen.
- Wir wollen **mehr Selbständigkeit für die Schule vor Ort**, um die Motivation der Handelnden zu steigern, die Flexibilität zu erhöhen und damit die Effizienz der Schulen weiter zu steigern.
- Wir wollen, daß den Schulen ausreichend und gut ausgebildete **Lehrerinnen und Lehrer** bereitgestellt werden.
- Wir wollen das Angebot der **betreuenden Grundschule** ausweiten und vermehrt offene **Ganztagschulen** einrichten.
- Wir werden die Lehrpläne der Hauptschule wieder stärker an der Praxis orientieren. Dies bedingt auch eine **Reform der Lehrerausbildung**.
- Wir fördern eine **gewalt- und suchtfreie Schule**. In sozialen Brennpunkten ist eine größere Zuweisung an Lehrern und nach Bedarf auch anderer Fachkräfte zu gewähren, um zusätzliche pädagogische Betreuungskonzepte umsetzen zu können.
- Wir wollen die Berücksichtigung des **Elternwillens**, aber auch eine verbindliche **Schullaufbahneempfehlung**. Wir werden das aufschiebende

Vetorecht des Landeselternbeirates sowie die altersgerechte Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Gestaltung von Schule einführen. Hierzu zählt ein Schülerpresserecht, das dem erzieherischen Auftrag von Schule entspricht.

- Wir werden den Kindern die Möglichkeit geben, Leistungsfähigkeit zu entwickeln und Leistung zu erfahren. Wir wollen deshalb die **Notengebung** auch in der dritten und vierten Klasse der Grundschule beibehalten, um Schülern und Eltern einen schnell zu erfassenden Überblick über den gegenwärtigen Leistungsstand zu vermitteln.
- Wir wollen die **behindertenpädagogische Förderung** flächendeckend unterstützen. Dabei ist so viel Integration mit nichtbehinderten Kindern wie möglich zu praktizieren, soweit die jeweils gleichen Lernziele erreicht werden können. Die Struktur der besonderen Förderung mit den vielfältigen Formen der **Sonderschule** ist zu stärken und dem spezifischen Bedarf anzupassen.
- Wir treten ein für ein aussagekräftiges **Abitur** als allgemeine Hochschulreife. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Universitäten und Fachhochschulen durch mehr Eigenverantwortung und Entbürokratisierung stärken.
- Wir wollen die **Weiterbildung** gezielt fördern. Dabei ist die Pluralität der Träger durch Wettbewerb zu wahren. Die Rahmenbedingungen für sie sind zu verbessern. Gleichzeitig fordern wir eine stärkere Koopera-

tion der anerkannten Träger der Weiterbildung mit anderen Bildungseinrichtungen.

Kunst und Kultur haben in unserem Land eine lange und reiche Tradition. Die kulturelle Vielfalt in den Regionen macht Rheinland-Pfalz für viele Menschen zu einem bevorzugten Anziehungspunkt.

- Wir wollen das reiche **Kulturerbe** unserer Heimat pflegen und es für kommende Generationen sichern.
- Wir wollen die Vielfalt und Kreativität unserer **Künstler** fördern. Insbesondere jungen Menschen wollen wir durch Stipendien Mut machen, eine künstlerische Laufbahn einzuschlagen.
- Wir werden den **Kultursommer** neu strukturieren und besondere Akzente setzen, um den Kulturstandort Rheinland-Pfalz über die Landesgrenzen hinaus bekannt zu machen.
- Wir wollen die **Landesberichterstattung** in den öffentlich-rechtlichen Medien aus Rheinland-Pfalz stärken. Deshalb treten wir für eine Fusion der ARD-Anstalten Südwestfunk und Süddeutscher Rundfunk ein. Ziel der Fusion muß es sein, den Medienstandort Rheinland-Pfalz aufzuwerten und dauerhaft zu sichern.

Etwa 2,5 Millionen Kinder, Jugendliche und Erwachsene treiben in Rheinland-Pfalz **Sport**, und viele von ihnen stellen sich dem Sport ehrenamtlich zur Verfügung.

Als sinnvolle Freizeitgestaltung trägt der Sport nicht nur zum Wohlbefinden, zur

Gesundheitsvorsorge und Talentförderung bei, sondern vermittelt gerade für die Entwicklung junger Menschen Tugenden wie Fairneß, Zielstrebigkeit und Durchsetzungsvermögen, die für das Leben in der Gemeinschaft, der Familie oder im Verein, aber auch in der Gesellschaft notwendig sind.

Die **CDU Rheinland-Pfalz** hat sich immer als verlässlicher Partner der Sporttreibenden und ihrer Verbände verstanden und besonders den Breitensport und die Sportvereine gefördert. Das von der **CDU** durchgesetzte Sportförderungsgesetz Rheinland-Pfalz ist zum Vorbild für andere Bundesländer geworden. Wir werden es sachgerecht weiterentwickeln.

- Wir werden das **Sportförderungsgesetz** Rheinland-Pfalz so ändern, daß die Kommunen, die den Sport fördern wollen und können, nicht von der Kommunalaufsicht daran gehindert werden.
- Wir wollen den **Breitensport** besonders in den Vereinen fördern und dafür Sorge tragen, daß der Spitzensport seiner Vorbildfunktion gerecht wird.
- Wir wollen neue **Sportstätten** so gestalten, daß durch Schulsport und Vereinssport eine optimale Ausnutzung erreicht wird und auch der Wettkampfsport möglich ist.
- Wir wollen dem **Behindertensport** und dem Behinderten-Spitzensport gleiche Chancen wie dem Sport Nichtbehinderter eröffnen.
- Wir wollen den **Seniorenport** und den Gesundheitssport in seiner

ganzen Breite unterstützen und das Miteinander von Alt und Jung in den Vereinen fördern.

Wir machen die Staatsverwaltung "schlank" und stärken die Kommunen

Aufgabe des Staates ist es, die Rechts- und Friedensordnung in unserem Land zu garantieren. Viele Menschen in unserem Land empfinden heute den Staat als übermächtig und reglementierend. Wir wollen ihn auf seine notwendige Funktion beschränken.

- Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, selbst mit anzupacken und **Mitverantwortung** zu übernehmen, bevor sie nach dem Staat rufen.
- Wir wollen eine leistungsfähige, wirtschaftliche und **bürgerorientierte Verwaltung** auf allen Ebenen.
- Wir wollen **mehr kommunale Selbstverwaltung**. Eine Vielzahl staatlicher Aufgaben kann auf die kommunale Ebene delegiert werden. Hierdurch entsteht Bürgernähe, die heute häufig vermißt wird. Eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen ist hierfür unerlässlich.
- Wir werden in den ersten hundert Tagen ein **Revitalisierungs-Programm** für die Kommunen auflegen.
- Wir wollen die Kräfte bündeln und konzentrieren und darauf eine zukunftsweisende Organisation aufbauen. Sie sollte möglichst ganzheitlich entscheiden, damit der Bürger

einfacher und schneller an sein Ziel kommt.

- Wir werden ein **Moratorium** für alle Gesetze des Landes, die die Kommunen belasten, durchsetzen. In der Landesgesetzgebung werden wir die kommunalen Belange früher als bisher berücksichtigen und so weiteren Schaden für die kommunale Selbstverwaltung verhindern.
- Wir wollen die Zahl der **Gesetze, Verordnungen und Richtlinien** auf allen Ebenen **reduzieren**. Ziel muß es sein, wieder mehr sachgerechte Einzelfallentscheidungen zu ermöglichen. Wir wollen überzogene Standards konsequent abbauen.
- Wir wollen die Kommunen über eine **Kommunalkammer** mit Initiativ- und Anhörungsrecht stärker beteiligen, wenn es um Maßnahmen geht, die die Kommunen unmittelbar betreffen. Diese Beteiligung darf aber die Gesetzgebung nicht verzögern oder behindern.
- Wir werden im **kommunalen Finanzausgleich** den Länderanteil der Gewerbesteuerumlage und die Mehreinnahmen des Landes aus der Mehrwertsteuer an die Kommunen weitergeben.
- Wir werden den **Verbundsatz** wieder erhöhen und die Einheitslasten gerechter verteilen.
- Wir werden den Anteil der **allgemeinen Zuweisungen** an die Kommunen zu Lasten der Zweckzuweisungen konsequent erhöhen.

- Wir werden durch eine Änderung des kommunalen Abgabenrechts die **gesetzliche Höchstbelastungsgrenze** für kommunale Gebühren und Abgaben wieder einführen. Gebühren und Beiträge erreichen zunehmend Ausmaße, die zu einer nicht hinnehmbaren Belastung der Bürger führen. Wir werden alle Kraft daran setzen, die Belastung zu senken.
- Wir wollen keinen Staat, der alles regelt. Deshalb wollen wir einen neuen Schub zur **Privatisierung**. Ein großer Teil staatlicher Aufgabenerfüllung könnte besser und kostengünstiger im privatwirtschaftlichen Bereich erledigt werden und die Bürger von zu hohen Beiträgen befreien.
- Wir werden Zustimmungs- und **Genehmigungsvorbehalte** überall dort **abschaffen**, wo sie entbehrlich sind.
- Wir werden die Verfahren zur Erlangung von Landeszuschüssen vereinfachen.
- Wir wollen die gestiegenen **Sozialkosten** der Kommunen durch eine grundlegende Reform der Sozialhilfe begrenzen.
- Wir dürfen nachfolgenden Generationen den Anspruch auf Gestaltungsfreiraum nicht länger verbauen. Deshalb müssen wir die haushaltspolitische Handlungsfreiheit unseres Staates und die Stabilität unseres Landes schützen. Wir werden erreichen, daß die Verschuldung der öffentlichen Haushalte massiv abgebaut wird.

- Das **Landesparlament** muß effektiver arbeiten können. Wir wollen deshalb die Zahl der Abgeordneten im Landtag Rheinland-Pfalz im Rahmen des geltenden Wahlrechts von jetzt 101 auf künftig 75 verringern.
- Wir werden die seit 1991 für politische Leitungsaufgaben neu geschaffenen 250 Stellen bei der Landesregierung zurückfahren.
- Wir werden die Möglichkeit schaffen, daß die Wählerinnen und Wähler ihre **Stimmzettel** bereits einige Tage vor einer Kommunalwahl erhalten, um zuhause in Ruhe ihre Entscheidung treffen zu können.
- Wir wollen ein **leistungsförderndes Dienstrecht**. Das Berufsbeamtentum muß - auf hoheitliche Aufgaben beschränkt - erhalten bleiben und fortentwickelt werden.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen mehr **Eigenverantwortung** tragen. Leistungsprämien sollen das starre System der Dienstaltersstufen ersetzen. Bei den Beförderungen und bei der Auswahl für Leitungsaufgaben muß die Leistung entscheidend sein.
- Wir wollen mehr **Teilzeitarbeitsplätze** im öffentlichen Dienst ohne gesetzliche Einschränkungen und flexiblere Arbeitszeiten. Dies ist oft leistungsfördernd und entspricht besser der individuellen Situation. Gerade gegen Ende des Arbeitslebens können damit sinnvolle Übergänge ermöglicht werden, die sogar Arbeitsplätze schaffen und die Renten- und Versorgungskassen schonen werden.

Wir sorgen für Sicherheit und inneren Frieden

Jeder Mensch hat ein Recht auf Sicherheit und **Schutz vor Kriminalität** und Gewalt. Der Staat muß dieses Recht garantieren. Steigt die Kriminalität - so wie in Rheinland-Pfalz um 14 Prozent allein von 1991 auf 1992 - dann muß der Staat handeln. Denn: Mehr Straftaten bedeuten mehr Angst und weniger Freiheit für uns alle. Ein Staat, der dagegen nichts unternimmt, verliert das Vertrauen seiner Bürger.

Wir wollen mehr Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Wir werden konsequent gegen die uns alle bedrohende Kriminalität vorgehen:

1. gegen die Massenkriminalität, von der eine große Zahl von Bürgern betroffen ist,
 2. gegen die stark steigende Gewaltkriminalität, wozu auch Vandalismus und Schmierereien zählen und vor allem
 3. gegen die Organisierte Kriminalität, die sich bei uns und in vielen anderen Ländern ausbreitet.
- Wir sind dagegen, Straftaten zu verharmlosen. Ladendiebstahl bleibt Diebstahl, ob für mehr oder für weniger als 500 Mark. Wir lehnen Bestrebungen ab, sogenannte "Bagatelldelikte" zu entkriminalisieren. Dies führt zu einem weiteren Werteverfall in unserer Rechtsordnung.
 - Wir sind dagegen, die Bevölkerung, etwa durch politisch gewichtete Statistiken, zu täuschen.

Eckpunkte unserer Sicherheitspolitik

- Wir wollen die stärkere Präsenz der Polizei vor Ort. Rheinland-Pfalz hat eine der niedrigsten Polizeidichten. Wir werden die Polizei stärken. Die Polizei soll für den Bürger wieder sichtbarer werden und muß auch für den Täter deutlicher spürbar sein.
- Wir wollen die Polizei in unserem Land so organisieren, daß die Kriminalität effektiver bekämpft werden kann: ortsnah wo möglich, zentral gesteuert wo nötig.
- Wir werden die Polizei von Randaufgaben und polizeifremden Aufgaben entlasten. Polizeibeamte müssen konzentriert dort eingesetzt werden, wo hoheitliches Handeln zur Wahrung von Recht und Gesetz erforderlich ist.
- Wir werden freiwillige Hilfsdienste zur Unterstützung der Polizei durch geeignete Bürger überall dort ermöglichen, wo es nicht um die Ausübung der unmittelbaren Polizeivollzugsgewalt geht, z.B. im Innendienst.
- Wir werden dafür sorgen, daß junge Männer, die heute Wehrdienst, Ersatzdienst oder Dienst im Katastrophenschutz leisten, bei entsprechender Befähigung auch Dienst bei der Polizei leisten können.
- Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Private und privat finanzierte Sicherheitsdienste enger mit der Polizei zusammen- und nicht an der Polizei vorbeiarbeiten.
- Wir werden mehr ausländische Mitbürger dort in den Polizeidienst einstellen, wo deren Sprach- und

Kulturkenntnisse zur Verhinderung oder zur Aufklärung von Straftaten besonders gefragt sind.

- Wir werden für eine leistungsorientierte und aufgabengerechte Besoldungs- und Laufbahnstruktur eintreten.
- Wir wollen eine hochqualifizierte Polizei. Deshalb sind wir für die zweigeteilte Laufbahn und werden den Zugang für Anwärter mit Hauptschul- und berufsbezogenem Abschluß erhalten.

Rauschgiftkriminalität bekämpfen

- Wir werden die Rauschgiftkriminalität bekämpfen. Nie war die Zahl der Drogentoten in Rheinland-Pfalz höher als 1995. Die Rauschgiftszene ist der SPD-geführten Landesregierung zunehmend aus den Händen geglitten.
- Wir wollen einen Ausbau der Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch, der Beratung von Drogenkonsumenten, der Therapie und Rehabilitation von Drogenabhängigen sowie eine stärkere Strafverfolgung der Dealer.
- Wir werden **bundeseinheitliche Grenzwerte** für die Strafbarkeit des Eigenkonsums von Haschisch und vergleichbaren Drogen mit Nachdruck fordern.
- Wir lehnen eine Legalisierung von sogenannten "weichen" Drogen ab. Einen **Verkauf über Apotheken** werden wir nicht zulassen. Eine staatlich kontrollierte Abgabe harter Drogen kommt nicht in Frage.
- Wir werden den **Schutz der Jugendlichen** vor Schädigungen durch

Suchtmittel verbessern und die Aufklärung verstärken. Wir werden alles daran setzen, daß Drogen nicht die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen zerstören.

- Wir wollen mehr Therapie- und Nachsorgeplätze schaffen, damit dem Prinzip **“Therapie vor Strafe”** durch eine erhöhte Zahl von Therapieplätzen entsprochen werden kann.

Gewaltkriminalität bekämpfen

- Wir wollen eine Gesellschaft ohne Gewalt, mit mehr Toleranz in den Schulen, bei Veranstaltungen, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit.
- Wir fordern weniger Gewaltdarstellungen in den Medien, vor allem im Fernsehen.
- Wir werden einen **“Anti-Gewalt-Tag”** in den Schulen einführen.
- Wir werden eine **“Konzertierte Aktion gegen Gewalt in der Gesellschaft”** einberufen. Alle verantwortlichen Erziehungs- und Entscheidungsträger sollen, gemeinsam mit Wissenschaftlern, den Ursachen von Gewalt intensiver als bisher nachgehen und Möglichkeiten der Gewalteinämmung finden.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

- Wir wollen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden effektiver gegen Organisierte Kriminalität einsetzen und die Gesetze dagegen verschärfen.
- Wir werden für eine Verbesserung des Geldwäschegesetzes eintreten.

- Wir fordern den stärkeren Einsatz **technischer und elektronischer Mittel** zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.
- Wir werden für die Änderung von **Datenschutzrechten** eintreten, soweit sie den Kampf gegen die Kriminalität zu Lasten der Bürger behindern.
- Wir wollen den offensichtlichen Mißbrauch der Religionsfreiheit unterbinden. Unsere Aufmerksamkeit gilt nicht Glaubensinhalten, sondern den Methoden und Techniken, die in einer Art von religiösem Fanatismus angewandt werden. **Persönlichkeitsverändernde Praktiken** dürfen nicht länger unfachmännisch und mißbräuchlich von Laien eingesetzt werden. Wir streben deshalb eine gesetzliche Regelung der Dienstleistungen im Bereich der "gewerblichen Persönlichkeitsentwicklung" an.
- Wir begrüßen den europäischen Einigungsfortschritt auch durch das **Schengener Abkommen**. Durch EUROPOL und durch die "verdachtsfreie Kontrollmöglichkeit im grenznahen Bereich" muß aber verhindert werden, daß wir eine "unbegrenzte Reisefreiheit für Kriminelle" ermöglichen.

Ziviler Katastrophenschutz

- Wir werden den zivilen Katastrophenschutz stärken. Die Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter Bund, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe, Malteser

Hilfsdienst und andere leisten einen wertvollen Beitrag zur Absicherung vor unvorhersehbaren Gefahren, die jeden von uns immer und überall treffen können. Das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsdienste zu fördern und technische und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten, ist fester Bestand unserer Politik.

Wir schützen die freiheitliche Demokratie und treten ein für die Zukunft in Europa

Wir leben in einem Staat, der seit fünfzig Jahren den **inneren und äußeren Frieden** wahren konnte. Fast ebenso lange haben wir den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat. Er garantiert allen Menschen in unserem Land ein Maß an Freiheit, wie es zuvor in Deutschland noch niemals erreicht worden ist.

- Wir werden die **freiheitliche Demokratie** und die friedentiftende Funktion des Staates schützen. Wir lassen am Gewaltmonopol des Staates nicht rütteln. Wer Gewalt anwendet, wer zivilen Ungehorsam praktiziert, um die Umsetzung demokratisch legitimer Entscheidungen zu verhindern, muß mit unserer entschiedenen Abwehr rechnen.
- Wir werden mit allen geeigneten rechtsstaatlichen Mitteln dem Extremismus entgegentreten - unabhängig, ob er sich auf rechte oder linke Ideologien beruft. Verfassungsfeinde

haben keinen Platz in demokratisch gewählten Gremien unseres Landes.

- Die berechtigten schutzwürdigen Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit werden beachtet; wir achten die Meinungsfreiheit als hohes Gut. Sie darf nicht Vorwand dafür sein, die freiheitliche und demokratische Grundordnung kippen zu wollen.
- Wir werden politischen Extremismus und politisch motivierte Gewalt bekämpfen.
- Wir wollen mehr **Sicherheit** für die Menschen in unserem Land.
- Wir dulden keine Gewalt auf deutschen Straßen, auch keine "Stellvertreterkriege" auf deutschem Boden.
- Wir werden Polizei und Landesverfassungsschutz in der Bekämpfung von Extremismus und Radikalismus politisch stärker unterstützen und Aufklärungskampagnen initiieren.

Zum zweiten Mal in fünfzig Jahren haben wir im Westen von Deutschland die Chance eines Neubeginns erhalten. Die Menschen im östlichen Teil unseres Vaterlandes mußten erst das SED-Regime überwinden, um nun auch eine Chance zu haben. Nur wenn wir alle - auch in Rheinland-Pfalz - diese zweite Chance als unsere eigene begreifen, werden wir die jetzigen teilungsbedingten Probleme meistern und die Deutsche Einheit vollenden. Es könnte ein Zeichen der Hoffnung für unsere unfriedliche Welt sein, daß das, was als friedliche Revolution begonnen, Deutschland auch den inneren Frieden geschenkt hat.



- Wir werden unsere **Partnerschaft mit dem Freistaat Thüringen** wieder mit mehr Leben erfüllen. Wir werden deutlich machen, daß die Einigung nicht als Last empfunden werden darf. Es ist auch eine Bereicherung. Zu erfüllen ist ein verfassungsmäßiger Auftrag, der alle Zeit eine zentrale Forderung der **CDU** während der vierzigjährigen Teilung unserer Nation war.
- Wir werden aber auch deutlich machen, daß sich der Aufbau der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft in den **neuen Bundesländern** sobald als möglich ohne Transferleistungen und Subventionen selbst tragen muß. Wir dürfen und wollen die Chancen des freien Wettbewerbs nicht durch eine neue Form der Staatswirtschaft verspielen.

Mit der Deutschen Einheit ist Rheinland-Pfalz Teil des größeren Deutschlands geworden. Damit ist die Mitverantwortung für die *eine* Welt größer geworden. Diese Verantwortung hat sich auch in dem Einigungsprozeß **Europas** einschließlich der Länder in Mittel- und Osteuropa zu bewähren. Nur wenn auch diese größere Einigung gelingt, besteht die Hoffnung, daß das kommende Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes für alle wird.

Die offenen Grenzen und die Integration Europas bieten der heranwachsenden Jugend vielfältige Entwicklungschancen.

- Wir werden den Weg der **Europäischen Einigung** konsequent weitergehen. Das bietet für Rheinland-Pfalz große wirtschaftliche, kulturelle und

soziale Chancen. Diese werden wir nutzen und die Standortvorteile durch gezielte Strukturmaßnahmen in mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum ummünzen.

- Die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz werden wir im Bundesrat und im **Rat der Regionen Europas** intensiv zur Geltung bringen.
- Wir wollen die grenzüberschreitende **Zusammenarbeit der Regionen**, der Landkreise und der Städte fördern. Wir brauchen hierzu flexible, effektive Organisationsformen, die es ermöglichen, daß ein gegenseitiger Austausch und eine enge Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen (Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitswesen, Kultur, Umweltschutz etc.) erfolgen kann.
- Wir werden in enger Abstimmung und unter Wahrung der Entscheidungsverantwortung der Regionen eine engere Verbindung zu unseren **unmittelbaren europäischen Nachbarn** Frankreich, Belgien und Luxemburg knüpfen.
- **Grenzübergreifende Projekte** in den Bereichen von Wirtschaft, Fremdenverkehr und Begegnung sind notwendig und wirkungsvoll, um Europa mehr zusammenwachsen zu lassen, aber auch, um die Chancen des Binnenmarktes besser zu nutzen.
- Wir werden die Kontakte in die Länder **Mittel- und Osteuropas** weiter ausbauen und unseren Betrieben dort neue Absatzmärkte erschließen.
- Wir wollen unsere jungen Frauen und Männer ermuntern, in den Ländern

Europas zu lernen und zu arbeiten. Wir wollen die **Bereitschaft junger Menschen** fördern, beim Aufbau von Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa **zu helfen**. Der Erfolg unserer Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten wird in großem Maße davon abhängen, ob wir in Europa und in der Welt Partner haben, die uns und unsere Leistungsfähigkeit kennen und schätzen und denen wir in schwierigen Jahren hilfreich zur Seite standen.

- Wir Rheinland-Pfälzer fühlen uns mitverantwortlich für den Frieden in der Welt. Aus dieser Verantwortung heraus hat die **CDU Rheinland-Pfalz** die **Partnerschaft mit Ruanda** auf den Weg gebracht. Wir wollen diese Partnerschaft mit neuem Leben erfüllen. In dem wieder aufzubauenden Land wollen wir entwicklungs-fähige rheinland-pfälzische Projekte gemeinsam mit örtlichen Trägern in Ruanda schaffen. Die Menschen dort sollen zu Frieden in Freiheit und Sicherheit finden können.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern setzen wir unsere Visionen zum Wohle der Bevölkerung unseres Landes in praktisches Handeln um. Rheinland-Pfalz braucht wieder eine starke Regierung unter der Führung der CDU.



Impressum

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-1d, 55116 Mainz

Mainz, Januar 1996